



## **Pressekonferenz**

### **Eingeschränkte Gesundheitsversorgung in Nordrhein-Westfalen**

**Dr. Johannes Kramer**

Präsident der  
Krankenhausgesellschaft Nordrhein-Westfalen

Düsseldorf, 30. November 2006

Es gilt das gesprochene Wort!

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

mit der geplanten Gesundheitsreform ignoriert die Politik schlichtweg die Wirklichkeit in den Krankenhäusern. Sie ist ein Schlag ins Gesicht, der über 230 000 Beschäftigten in den nordrhein-westfälischen Krankenhäusern, die Tag für Tag eine engagierte und qualifizierte Arbeit in den 444 Krankenhäusern in Nordrhein-Westfalen leisten.

Von einem wegweisenden Konzept ist der von der Bundesregierung verabschiedete Kabinettsentwurf einer Gesundheitsreform meilenweit entfernt, stattdessen werden die Krankenhäuser mit dem geplanten Gesundheitsreformgesetz hart in die Zange genommen.

Den Kliniken wird ein Sanierungsbeitrag für die gesetzliche Krankenversicherung von 1% Prozent auferlegt, den die Krankenhäuser nicht leisten können. Allein mit dieser Zwangsabgabe in Höhe von einem Prozent ihrer Budgets werden den Krankenhäusern bundesweit mehr als 500 Mio. Euro entzogen – auf die nordrhein-westfälischen Krankenhäuser entfallen davon allein mehr als 120 Mio. Euro.

Ich weise ausdrücklich darauf hin, dass sich die finanziellen Belastungen für die Krankenhäuser ab 2007 nicht nur auf die Zumutungen der geplanten Gesundheitsreform beschränken. Hinzu kommen die erhöhte Mehrwertsteuer, die Umsetzung des Arbeitszeitgesetzes, der Anstieg der Strompreise sowie die erzwungenen Tarifierhöhungen.

Alles in allem eine zusätzliche Belastung von 5-6% des Budgets eines jeden Hauses; unabhängig von der Trägerschaft.

Dagegen wird es dann nur eine Budgetveränderungsrate von sagenhaften 0,28% geben.

Es ist schon mehr als erstaunlich, wie sich angesichts einer boomenden Wirtschaft und angesichts sprudelnder Steuereinnahmen die Refinanzierung der Krankenhäuser sich faktisch gegen Null bewegt. Außerhalb der Krankenhausbranche ist das niemandem zu vermitteln.

Diese gravierenden finanziellen Belastungen können von den Krankenhäusern nicht durch weitere Rationalisierungsmaßnahmen aufgefangen werden und haben weitreichende Konsequenzen.

Es droht

- ein weiterer Personalabbau, der diesmal auch vor Ärzten nicht halt machen wird;
- damit eine weitere Arbeitsverdichtung, die die ärztliche und pflegerische Betreuung der Patienten einschränken wird;
- eine Reduzierung, also Rationierung von Leistungen oder gar die Schließung ganzer Abteilungen, die bisher kostendeckend waren oder noch soeben mitgetragen wurden;
- eine Einschränkung von gesellschaftspolitisch notwendigen, bisher aber nicht ausreichend finanzierten Ausbildungsplätzen z.B. in der Krankenpflege;
- und schließlich - machen wir uns nichts vor - die Schließung ganzer Krankenhäuser.

Das - so hört man - kann ja politisch gewollt sein. Nur kann das nicht dem Zufallsprinzip einer schleichenden wirtschaftlichen Aushöhlung unterworfen werden. Dann werden nämlich auch Krankenhäuser in die Insolvenz getrieben, die wir zweifelsohne für die Versorgung der Patienten auch in der Zukunft benötigen.

Im Namen der nordrhein-westfälischen Kliniken begrüßt die Krankenhausgesellschaft Nordrhein-Westfalen (KGNW) ausdrücklich die Kritik des nordrhein-westfälischen Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales, Karl-Josef Laumann, an den geplanten Belastungen der Krankenhäuser im Zuge der Gesundheitsreform, die von der nordrhein-westfälischen FDP unterstützt wird.

Wir setzen daher voll auf die Landesregierung, dass über den Bundesrat jegliche Belastung der Krankenhäuser aus dem Gesetzespaket herausgenommen wird.

In diesem Zusammenhang darf ich noch einmal daran erinnern, daß sich alle Sachverständigengremien einig sind und vor der Bundestagswahl auch die großen Parteien sich einig waren, dass die Probleme der GKV im wesentlichen nicht auf der Kosten-, sondern auf der Einnahmenseite liegen.

Und wenn man schon der Meinung ist, dass die Einnahmen für die Finanzierung des Leistungskataloges der GKV nicht reichen, dann muss man den Mut haben, Leistungen aus dem Katalog heraus-, statt neue hineinzunehmen. So entlarven sich die Anzeigentexte der Bundesregierung zur Gesundheitsreform als Populismus pur.

Auch der aktuelle Gesundheitsbericht der Bundesregierung sieht die Krankenhäuser ja nicht als Kostentreiber. Umso erstaunlicher ist es dann, wenn die Bundesregierung gleichwohl glaubt, ihnen noch einen Sanierungsbeitrag zumuten zu können. Und das angesichts der Tatsache, dass heute schon rd. 50% der Krankenhäuser rote Zahlen schreiben und eine Reihe von Krankenhäusern bereits Notlagentarifverträge abschließen mussten.

Redlicher wäre es, wenn die Bundesregierung angesichts der 2-stelligen Milliardenüberschüsse in der Arbeitslosenversicherung den bisherigen Verschiebebahnhof zulasten der GKV rückgängig machen würde. Ich nenne nur das Stichwort Hartz IV. Damit würde sie dann wenigstens eines der politisch verursachten Probleme der GKV bereinigen. Das Gebot der Beitragssatzstabilität wäre damit nicht verletzt.

Und redlicher wäre es, wenn die Bundesregierung angesichts sprudelnder Steuereinnahmen die Einnahmen aus der extra dafür erhöhten Tabaksteuer der GKV belassen würde. Auch das ist ja nichts anderes als ein neuer Verschiebebahnhof.

Wenn wir schon bei der Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit der Bundesregierung sind, dann lassen Sie mich noch das Thema Integrierte Versorgung ansprechen. Als die Integrierte Versorgung eingeführt wurde, war vereinbart, dass die Krankenkassen nach drei Jahren Rechenschaft ablegen und nicht verausgabte Mittel

zurückzuzahlen hätten. Davon ist jetzt keine Rede mehr. Uns stellt sich der Sachverhalt wie folgt dar:

Über den 1%-Abzug können potentiell rd. 660 Mio.€ für diese Versorgungsform abgerufen werden. Über die Nominalbeträge der Rahmenverträge sind tatsächlich rd. 550 Mio. € einbehalten worden. Nach einer Erhebung in einem unserer Zweckverbände sind dort aber nur rd. 40%, nach Einschätzung in einer anderen Region sogar nur rd. 10% an die Leistungsträger zurückgeflossen. Wenn das repräsentativ sein sollte, dann hätten die Krankenkassen zwischen 330-500 Mio.€ ohne entsprechende Leistung einbehalten.

Angesichts solcher Zweifel und Widersprüche ist eine Offenlegung der tatsächlichen Zahlungsströme unabdingbar. Wenn die Bundesregierung jetzt gleichwohl auf eine Rechnungslegung verzichtet, dann ist das - entschuldigen Sie den Ausdruck - , dann ist das eine Einladung zum Betrug.

Und ganz praktisch: Wenn unsere Einschätzung stimmen sollte, dann könnte die Integrierte Versorgung mindestens für ein Jahr allein aus der Liquiditätsreserve der Krankenkassen bezahlt werden.

Was uns jenseits der finanziellen Belastungen noch erhebliche Sorgen macht, ist der offensichtliche Politikwechsel. Früher hieß es: Vorfahrt für die Selbstverwaltung! Heute heißt es: Vorfahrt für mehr staatliche Reglementierung. Als wäre das deutsche Gesundheitssystem durch staatliche Regulierung heute nicht schon genug gefesselt. Der offensichtliche Einstieg in die Staatsmedizin mit der zentralistischen Steuerung der Finanzströme über den Gesundheitsfond, der Besetzung des Gemeinsamen Bundesausschusses mit Hauptamtlichen ohne jegliche Legitimation und damit dessen vollständige Abhängigkeit vom Gesundheitsministerium, letztlich also die Entmachtung der Selbstverwaltung.

Woher nehmen die Politiker nach den Erfahrungen der DDR eigentlich den Mut zu glauben, eine zentralistische Steuerung sei besser als das Konsens- und Kompromissfindungsmodell einer in medizinischen Fragen kompetenten Selbstverwaltung?

Woher nimmt die Politik eigentlich den Mut, von Bürokratieabbau zu reden und gleichzeitig ein bürokratisches Monstrum in die Welt zu setzen? Woher nehmen Sie eigentlich den Mut, Wettbewerb zu predigen und gleichzeitig alles zentralistisch regulieren zu wollen?

Die Krankenhäuser können und dürfen nicht nach Belieben ausgepresst und kaputt gespart werden – gerade aufgrund ihrer herausragenden wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Bedeutung. Die Krankenhäuser bilden als größter medizinischer Leistungssektor das Rückgrat der Gesundheitsversorgung.

Mit rund 230 000 Beschäftigten und 18 000 Auszubildenden sind die Krankenhäuser einer der bedeutendsten Arbeitgeber in Nordrhein-Westfalen. Dies alles darf von der Politik nicht leichtfertig aufs Spiel gesetzt werden.

Für uns steht fest: Die Zwangsabgabe der Krankenhäuser muss weg! Kaputtsparen ist keine Lösung. Deshalb habe ich auch bei unserer gestrigen Mitgliederversammlung nochmals nachdrücklich an unsere Mitglieder appelliert, dass sie sich wie vom Vorstand der KGNW empfohlen - am nationalen Aktionstag gegen die Gesundheitsreform aktiv beteiligen. Die Krankenhäuser werden den nächsten Montag nutzen, um Patienten, Bürger, Mitarbeiter, Medien und Politiker massiv über die verheerenden Folgen dieser geplanten Gesundheitsreform zu informieren und ihren Unmut mehr als deutlich machen. Nur wenn wir uns alle und mit aller Kraft wehren, haben wir die Chance auch gehört zu werden und Erfolg zu haben. Vom 4. Dezember muss und wird ein deutliches Signal aller Leistungserbringer gegen die Gesundheitsreform ausgehen!